



## THEMEN DER WOCHE

Mainz, 27. November 2020

Nr. 17/154

1. **Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz in den Fokus rücken**
2. **Versorgung der Senioren- und Pflegeheime mit digitaler Ausstattung zur Teilhabe älterer Menschen**
3. **Warntag in Rheinland-Pfalz**
4. **Co-Working-Spaces**
5. **Gründungs- und Innovationszentrum „RP Tech Institute“**
6. **Tierschutzbericht 2018/2019**

### 1. **Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz in den Fokus rücken**

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der CDU

- [Drs. 17/13623](#) -

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass Kultur mehr ist als der ästhetische Überbau des alltäglichen Lebens. Mit Landesmitteln geförderte Kunst- und Kulturangebote müssten dem gesellschaftlichen Leben dienen. Sie öffneten Türen und trügen zur Entfaltung und Entwicklung sozialer, kommunikativer und ästhetischer Möglichkeiten und Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger bei.

Die Kulturpolitik werde in den kommenden Jahren insbesondere den **demografischen Wandel** und die weitere kulturelle Ausdifferenzierung des Landes durch eine veränderte Bevölkerungsstruktur stärker als bislang in den Blick nehmen müssen. Die Corona-Krise habe zudem vor Augen geführt, dass Kunst und Kultur für viele Menschen in Rheinland-Pfalz von elementarer Bedeutung seien. Die Pandemie habe zugleich ein Schlaglicht auf die **prekäre Erwerbssituation** vor allem freiberuflicher Künstlerinnen und Künstler geworfen. Laut Künstler-sozialkasse betrage die Anzahl der bei ihr versicherten Künstlerinnen und Künstler in Rheinland-Pfalz derzeit 1 790. Das Land Rheinland-Pfalz gewähre bildenden Künstlerinnen und Künstlern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse bzw. finanzielle Unterstützung für ihre Publikationen und Projekte. Im Jahr 2018 habe der Anteil der Kulturausgaben des Landes insgesamt 110,3 Mio. Euro betragen. Die

Förderung von Projekten erfolge aufgrund ihrer kulturellen Bedeutung für das Land bzw. für die Region, in der diese jeweils verwirklicht würden.

**2. Versorgung der Senioren- und Pflegeheime mit digitaler Ausstattung zur Teilhabe älterer Menschen**

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13274](#) -

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in allen Einrichtungen ein Internetzugang besteht, so die Landesregierung in ihrer Antwort. Zum einen seien die jährlichen Personalmeldungen über eine Internetplattform abzugeben. Zum anderen erfolge die Übermittlung von Daten zur vergleichenden Messung und Darstellung von Ergebnisqualität nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch in EDV-gestützter Form an eine Datenauswertungsstelle. Ob die verfügbare Internetinfrastruktur für eine Nutzung durch alle Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung ausreichend sei, könne jedoch nicht beurteilt werden.

Schon im Jahr 2019 seien im Rahmen des Projekts „Digital-Botschafterinnen und Digital-Botschafter Rheinland-Pfalz“ alle Bewohnerbeiräte von Altenpflegeeinrichtungen über die Chancen und den **positiven Nutzen von digitalen Kommunikationsmöglichkeiten** für Bewohnerinnen und Bewohner informiert worden. Im Jahr 2020 sollten weitere Schritte folgen, um nach und nach den Bewohnerinnen und Bewohnern mehr Möglichkeiten für digitale Kommunikation und mehr digitale Anwendungen im Alltag zu ermöglichen. In Zeiten der Corona-Krise sei es schwer für Menschen in Pflegeeinrichtungen, mit den Angehörigen außerhalb in Kontakt zu bleiben. Einige Einrichtungen nutzten und nutzen neben Telefonie virtuelle digitale Kommunikationsmöglichkeiten wie Skype- oder WhatsApp-Video-Telefonate oder hätten solche Kommunikationswege sehr schnell entwickelt. Damit wurden und würden persönliche Kontakte zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern und ihren Angehörigen auf eine weitere Weise aufrechterhalten.

### 3. Warntag in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage

- [Drs. 17/13293](#) -

Am 10. September 2020 kam es im Ablauf des ersten bundesweiten Warntags zu technischen Problemen, bestätigt die Landesregierung. Entgegen der Absprachen im bundesweiten Auslösekonzept seien Warnmeldungen durch einzelne Nutzer **nicht über die dafür vereinbarten Kanäle** geschickt worden. Dadurch sei es zu Verzögerungen beim Versenden der maßgeblichen Probe-Warnung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gekommen. Letztlich sei die Meldung des BBK um 11.31 Uhr durch das System versandt worden. Die Entwarnung sei um 11.40 Uhr erfolgt. Demzufolge hätten z. B. **Warn-Apps wie KATWARN oder NINA verzögert reagiert**, in manchen Fällen auch gar nicht.

Dies sei jedoch nicht die einzige Ursache für die verzögerten Meldungen im Bundesgebiet. Das für den bundesweiten Warntag vereinbarte Auslösekonzept habe vorgesehen, dass ausschließlich von der Bundesstation MoWaS S/E in Bonn um 11.00 Uhr eine Warnmeldung und anschließend um 11.20 Uhr wieder eine Entwarnung gesendet werden sollte. Alle weiteren verfügbaren und in Warnkonzepten der Länder und Kommunen vorgesehenen Warnmittel, die nicht an das MoWaS angeschlossen sind, sollten hingegen vor Ort ausgelöst werden. In Rheinland-Pfalz hätten sich alle Aufgabenträger daran gehalten und **keine eigenen Warnmeldungen** über das MoWaS versendet. Entsprechend hätte die Landesregierung über die Mitwirkung im Rahmen der Vorbereitung des bundesweiten Warntags und der mit dem Bund eng abgestimmten Pressearbeit hinaus selbst keine Befugnisse gehabt. Die Betreiberfirma des Modulare Warnsystems (MoWaS), die Mecom GmbH, und das Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe arbeiteten mit Hochdruck daran, die technischen Probleme auszuräumen.

### 4. Co-Working-Spaces

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage

- [Drs. 17/13212](#) -

Sogenannte Co-Working-Spaces sind vor allem eine in der Privatwirtschaft zunehmend **an Bedeutung gewinnende Form der Büroorganisation**. Dieser Überzeugung ist die Landesregierung in ihrer Antwort. Das Land Rheinland-Pfalz unterstütze Innovations- und Technologiezentren

mit Landesbeteiligung in vier Oberzentren des Landes. Unter anderem werde es im Rahmen des von der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e. V. umgesetzten Modellprojekts „Dorf-Büros“ speziell im ländlichen Raum **bis Ende 2020 fünf solcher Büros als Co-Working-Spaces** in Rheinland-Pfalz geben.

Im Rahmen des Modellprojekts sei im Jahr 2021 die Entstehung bis zu drei weiterer Dorf-Büros geplant. Ziel sei es, die **Bedingungen und Möglichkeiten von dezentralen Büro-Arbeitsplätzen** in Dörfern und ländlichen Kleinstädten als Element der Kommunalentwicklung zu erkunden. Zu gegebener Zeit fände eine Überprüfung der mit dem Modellprojekt gesammelten Erfahrungen statt. Danach sei zudem über eventuelle weitere Fördermöglichkeiten zu entscheiden.

#### 5. Gründungs- und Innovationszentrum „RP Tech Institute“

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- [Drs. 17/13230](#) -

Mit dem Gründungs- und Innovationszentrum will die Landesregierung die **Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft** in Rheinland-Pfalz fördern. Das RP Tech Institute solle kein klassisches Wissenschafts- und Forschungsinstitut sein. Es diene der **Bündelung und Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen** der anwendungsorientierten technologischen Entwicklung.

Zum jetzigen Zeitpunkt würden verschiedene vorbereitende Maßnahmen für die Jahre 2020 und 2021 zur Umsetzung des Projekts vorangetrieben. Die Maßnahmen dienen der Vorbereitung der **Gründung einer eigenständigen Organisationsstruktur**. Eine abschließende Prognose über den Zeitplan in Bezug auf den Bau, die Fertigstellung und Inbetriebnahme des RP Tech Institutes könne derzeit nicht abgegeben werden

#### 6. Tierschutzbericht 2018/2019

Bericht der Landesregierung  
- [Drs. 17/13604](#) -

Der Tierschutz habe in Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung. Die Achtung von Tieren als Mitgeschöpfe gebiete es, sie im Rahmen der Gesetze vor **vermeidbaren Leiden und Schäden** zu schützen. Dies sei auch in der Landesverfassung verankert. So sei unter anderem der Umbau der Nutztierhaltung im Sinne einer tiergerechten und umweltfreundlichen Landwirtschaft ein

wichtiges Ziel bei den Bemühungen um mehr Tierschutz. Auch zum Thema betäubungslose Ferkelkastration vertritt die Landesregierung einen eindeutigen Standpunkt und lehnt daher eine Verlängerung der Übergangsfristen entschieden ab.

Im Bereich der Heimtierhaltung sei insbesondere das Kursangebot „Hundediplom Junior“ zusammen mit dem Tierheim Mainz und dem Landesverband des Deutschen Tierschutzbundes weiterentwickelt worden. Von der Ermächtigung zum Erlass einer Katzenschutzverordnung hätten bis zum Ende des Berichtszeitraums sechs Kommunen Gebrauch gemacht. Der Forschungspreis für die Entwicklung von Alternativmethoden zum Tierversuch konnte im Berichtszeitraum aus Mangel an Bewerbungen jedoch nicht vergeben werden.